

Offener Brief an den Vorsitzenden des DGB, Michael Sommer

Die Internationale Gewerkschaftsbewegung muss an die Seite der südafrikanischen Bergarbeiter für die bedingungslose Verteidigung ihres Rechts auf unabhängige gewerkschaftliche Organisation und auf Tarifverhandlungen und Streik auf der Basis ihrer Forderungen!

Lieber Kollege Michael Sommer,

wie zahlreiche Gewerkschafter und Gewerkschaftsgliederungen weltweit haben auch Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland mit Empörung und Entsetzen gegenüber dem südafrikanischen Staat das für 45 Arbeiter tödliche Blutbad verurteilt, das die südafrikanische Polizei unter den streikenden Minenarbeitern der zum Lonmin-Konzern gehörenden Marikana-Mine am 16. August angerichtet hat. Wir haben über die Botschaft in Berlin

- die sofortige Aufhebung jeglicher Repression gegen die Arbeiter;
- die sofortige Aufhebung der Anklagen gegen die 270 zwischenzeitlich inhaftierten Arbeiter,
- die Garantie des Rechts auf freie gewerkschaftliche Organisation, auf Tarifverhandlungen auf der Grundlage der Forderungen der Arbeiter von der südafrikanischen Regierung gefordert.

Wir wissen, dass nach Marikana sämtliche Minen in den Streik für anständige Löhne und die Verstaatlichung der Minen getreten sind, dass Drohungen gegen bekannte politische Personen Südafrikas, die die Streiks unterstützen, gerichtet werden, wie gegen Julius Malema, den ehemaligen Verantwortlichen der ANC Youth League (ANCYL), gegen den anglikanischen Bischof Johannes Seoka und gegen Tiyani Lybon Mabasa, Vorsitzender der Sozialistischen Partei Azanias. Ohne Zweifel ist die internationale Solidarität dringend für ihren Schutz erforderlich!

Und die Arbeiterschaft in Europa steht auch gerade deshalb an der Seite der Bergarbeiter in Südafrika, weil sie weiß, dass die Schüsse auf Streikende, die Morde und Versuche der blutigen Niederschlagung der Streiks in Marikana, Methoden der Staatsapparate sind, die den Diktaten der multinationalen Konzerne gehorchen. Und sie weiß, dass die diktatorische Außerkraftsetzung gewerkschaftlicher Rechte, der Bruch von Tarifverträgen und Sozialgesetzen von der Troika aus EU, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) und den europäischen Regierungen gegen die Arbeiter und Völker gerichtet, auch in Europa blutige Ausmaße annehmen kann.

Umso bewusster stellen sich die Arbeiter in Europa die Frage, wie sie ihre Gewerkschaften im Kampf zur Verteidigung ihrer Existenzgrundlagen einsetzen können.

In dieser Situation veröffentlicht der DGB im »einblick« vom 22. Oktober in der Rubrik »Meinung« die Position von Monika Sommer, ehemalige Hauptamtliche des DGB und heute Leiterin des Referats Arbeit und Soziales der Deutschen Botschaft in Pretoria. Sie formuliert ihre politischen Positionen, nicht als Referatsleiterin der der Regierung Merkel gegenüber verantwortlichen Botschaft, sondern im »einblick« als Organ des DGB. Monika Sommers Position bleibt unkommentiert. Damit aber sind Fragen zur Haltung des DGB und seines Vorsitzenden und der Einzelgewerkschaften zu den grundlegenden Rechten der afrikanischen Bergarbeiter aufgeworfen. Und deshalb ist eine notwendige Diskussion in den Gewerkschaften erforderlich.

Monika Sommer schreibt, die Tragödie zeige „wie in einem Brennglas Fehlentwicklungen“ auf und gäbe „Anlass zur Sorge“. Anlass dieser »Sorge«: „Die Ereignisse zeigen **tiefgreifende Fehlentwicklungen in den Beziehungen der Sozialpartner** auf“ und sie fährt fort: „Die jetzt vereinbarten **Löhne korrelieren erklärtermaßen nicht mit der erwarteten Produktivität** und werden im Bergbau zum Einsatz von mehr Maschinen führen. In südafrikanischen Minen ist bislang der Personaleinsatz relativ hoch. Die neuen Abschlüsse finden derzeit Nachahmer im Goldbergbau und destabilisieren auch dort Industrie und Gewerkschaften. Sie **konterkarieren langfristige Tarifabschlüsse** und stellen die verfassten Strukturen der Konfliktlösung durch legitimierte Verfahren wie das Vereinigungs- und Koalitionsrecht und soziale und politische Grundrechte in Frage. (...) Die Ereignisse in Marikana und weitere wilde Streiks stellen rechtsstaatliche Prinzipien auf die Probe. Auf der einen Seite ist dies ein Ergebnis der Konzernpolitik und der Polizei, die auf Streikende schoss. Auf der anderen Seite steht die **erhöhte Gewaltbereitschaft einer Arbeiterschaft**, die sich auch gegen gewerkschaftliche Vertretung wendet.“ Nach Monika Sommer „stellen die andauernden Unruhen eine Herausforderung für Gesellschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik

dar. Ein den Grundfreiheiten und sozialer Gerechtigkeit verpflichtetes System der Konfliktbewältigung steht zur Disposition und bedarf der Verteidigung.“

Die Ermordung von 45 streikenden Bergarbeitern in den Kontext zu »Beziehungsstörungen« der »Sozialpartner« zu stellen, ist eine Provokation, die in einem Organ des DGB keinen Platz hat. Es ist eine Provokation, die offen zur Verteidigung eines »Systems der Konfliktbewältigung« aufruft, das auf der korporatistischen Einbindung des COSATU und seiner NUM in die ANC-geführte Regierung, die die Minenarbeiter der uneingeschränkten Ausbeutung durch die – primär angloamerikanischen – Konzerne unterwirft, beruht. In einer Sprache, die wir nur durch die Kapitalvertreter und ihre Partei- und Verbandsrepräsentanten kennen, verurteilt Monika Sommer die Höhe der Lohnabschlüsse und argumentiert auf deren erpresserischer Linie, wonach diese Lohnabschlüsse mit Entlassungen und Arbeitslosigkeit bezahlt werden müssen.

Nein: Die Forderungen und Abschlüsse der Arbeiterschaft »destabilisieren« nicht Industrie und Gewerkschaften. Sie destabilisieren im konkreten Fall allein das System der Verflechtungen des COSATU und seiner NUM mit der Regierung Zuma indem sie die Association of Mineworkers and Construction Union (AMCU) aufbauen und ihre Streikkomitees und Delegierte wählen. Gegen diese Organisation der Minenarbeiter, gegen ihren Kampf um den Aufbau unabhängiger gewerkschaftlicher Organisationen, unabhängig von Regierung und Konzernen, will Monika Sommer die Union von »Gesellschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik« richten. Verteidigen will sie allein das System der Versklavung der Minenarbeiter durch die multinationalen Konzerne unter dem Schutz der Regierung Zuma. Dagegen steht der Kampf für die Verteidigung des Rechts auf freie gewerkschaftliche Organisation und des Rechts Verhandlungen, ausgehend von den Forderungen der Arbeiter zu führen. Verhandlungen gehen davon aus, dass sich unterschiedliche Interessen gegenüberstehen. Dies wird in Verhandlungen respektiert. Nicht in Südafrika, nicht von der Regierung Zuma, nicht von den Konzernen. Deshalb stehen wir in diesem Kampf an der Seite der südafrikanischen Minenarbeiter.

Monika Sommer steht auf der anderen Seite.

Wenn wir, was wir tun müssen, davon ausgehen, dass der DGB in der internationalen Gewerkschaftsbewegung meinungsbildend und -prägend ist, ist die von Monika Sommer formulierte Position im Organ des DGB ein brutaler Schlag nicht allein gegen die Minenarbeiter in Südafrika. Dass der DGB sein Organ einer Position wie der von Monika Sommer – Repräsentantin der Regierung Merkel in Südafrika - öffnet, müssen wir als Gewerkschaftskollegen mit Entschiedenheit und Empörung zurückweisen.

Lieber Kollege Michael Sommer,

Du kennst den Bericht, den Gerd Botterweck am 27. August 2012 für die »Friedrich-Ebert-Stiftung« (FES) unter dem Titel »Unruhen im Platingürtel – Südafrika am Scheideweg?« verfasst hat. Angesichts der Arbeitsteilung, die zwischen dem DGB, dem IGB und der FES besteht – die FES regelt u.a. die Kooperation des IGB, ITUC-Africa, mit den regionalen Gewerkschaftsdachverbänden des Kontinents -, wendet sich dieser z.T. alarmierende Bericht natürlich auch an die Verantwortlichen des DGB, also auch an Dich.

G. Botterweck schreibt u.a. zur Verbindung der NUM-Führung und des Lonmin-Konzerns: „Ebenso besitzt der südafrikanische Tycoon Cyril Ramaphosa ... Anteile am Unternehmen. Der frühere Generalsekretär der NUM und des ANC hat Julius Malema, den populistischen Führer der ANC Jugendorganisation (ANCYL) vor kurzem aus der Partei verbannt. Cyril Ramaphosa sitzt selbst im Aufsichtsrat von Lonmin und gehört mittlerweile auf Grund vieler Business-Aktivitäten zu den reichsten Männern Südafrikas.“

Lonmin handelt auf der Grundlage der Zusammenarbeit mit Führern vom Schlage eines Ramaphosa: „Um die Kosten zu drücken und damit die Profite zu steigern, werden zunehmend Arbeitsbereiche ausgelagert und an Vertragsfirmen vergeben, feste Arbeitsplätze wurden in Kontrakt- und Gelegenheitsarbeitsplätze umgewandelt und billigere und nichtgewerkschaftlich organisierte Arbeiter über Leiharbeitsagenturen rekrutiert. Die schwere Arbeit unter Tage wird somit nun von Leiharbeitern erledigt, die vielleicht früher als Festangestellte einmal NUM-Mitglieder waren. Hierbei handelt sich um extrem unsichere und schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse.“ Die Rock Drill Operator verdienen nach Angaben der NUM ca. 8.000 Rand (ca. 800 Euro) netto. Die Streikenden hatten 12.500 Rand Nettolohn gefordert, eine Forderung, die die Führung der NUM als überzogen charakterisierte. „Berücksichtigt man die Schwere und Gefährlichkeit der Arbeit und die relativ hohen Lebenshaltungskosten in Südafrika sind auch 800 Euro netto eher wenig“, schreibt Botterweck. „Zieht man als Vergleich, so wie es in der Presse geschah, das Jahreseinkommens ... des Generalsekretärs der NUM (ca. 100.000 Rand pro Monat) heran, ganz zu schweigen von den Profiten, die von den Minen erzielt werden, erübrigt sich jede weitere Diskussion.“

Die NUM hatte allerdings keine Tariferhöhungen für die »Rock Drill Operators«, „die mit Pressluftbohrern ausgerüstet, das platinhaltige Gestein unter schwierigsten Bedingungen tief unter Tage aus dem Felsen

brechen“, abgeschlossen. Denn die NUM, so Botterweck, habe die Leiharbeiter, Rock Drill Operators sowie andere ausgelagerte, schlecht bezahlte Bergarbeiter nicht organisiert. Sie organisieren sich in der AMCU. „Da AMCU aber ausschließlich diese Kategorie der schlechtest bezahlten Arbeiter ohne feste Arbeitsverträge mit Lonmin organisiert, hat sie den nötigen Organisationsgrad von 50 plus 1 Prozent, den sie für die Anerkennung von Verhandlungsrechten braucht, nicht erreicht. Somit sind AMCU und damit auch deren Mitglieder von Tarifverhandlungen ausgeschlossen.“

Damit wird gerade den schlechtest bezahlten Arbeitern, den Leiharbeitern, das Recht auf gewerkschaftliche Interessenvertretung geraubt.

Lieber Kollege Sommer,
in dieser Situation kann es kein Hindernis geben, laut und deutlich an der Seite der südafrikanischen Minenarbeiter ihre Interessen und ihren Kampf sowie ihr Recht auf unabhängige Gewerkschaften zu unterstützen und damit zu schützen.
Wir meinen, in dieser Situation ist Deine unmissverständliche Erklärung, die Erklärung des DGB-Vorsitzenden, dringlich erforderlich, mit der die internationale Gewerkschaftsbewegung an die Seite der südafrikanischen Bergarbeiter tritt - für die bedingungslose Verteidigung ihres Rechts auf unabhängige gewerkschaftliche Organisation und auf Tarifverhandlungen und Streik auf der Basis ihrer Forderungen.

In Erwartung Deiner Antwort verbleiben wir

mit solidarischen Grüßen

H.-W. Schuster (SPD-AfA; ver.di)

Peter Kreutler (SPD-AfA; ver.di), Hans-Jörg Miller (SPD-AfA; ver.di), Beate Sieweke (SPD-AfA; ver.di), Inge Steinebach (SPD-AfA; ver.di)

V.i.S.d.P.: H.-W. Schuster, Liebfrauenstraße 31, 40591 Düsseldorf, Fax: +49.211.7599092, e-Mail: ahhwschuster@t-online.de